

---

## EU-Kommission bekennt sich zu e-Fuels

Die heute vom europäischen Parlament in Straßburg wiedergewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat ihre politischen Leitlinien für die nächste EU-Kommission vorgestellt. Darin enthalten ist ein klares Bekenntnis zu Technologieoffenheit und e-Fuels im Neufahrzeugsbereich. Der Bundesverband Energie Mittelstand, Uniti, begrüßte die Ankündigung eines technologieneutralen Ansatzes bei der Erreichung der Klimaziele im Verkehr. Dabei könnten auch e-Fuels „durch eine gezielte Änderung der Verordnung im Rahmen der geplanten Überprüfung eine Rolle spielen“, heißt es im Papier mit politischen Leitlinien der nächsten EU-Kommission.

Uniti-Geschäftsführer Elmar Kühn forderte aber eine rasche Umsetzung, um Rechtssicherheit und die Voraussetzungen für einen rechtzeitigen Markthochlauf zu schaffen. Zudem gelte es, ebenso zeitnah die Forderung des Parlaments umzusetzen, wonach die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neufahrzeugen nicht mehr nur am Auspuff erfasst, sondern über den gesamten Lebenszyklus des Fahrzeugs bilanziert werden.

Der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe sprach nach der Wiederwahl von der Leyens davon, dass Technologieoffenheit ein Prinzip der freien Marktwirtschaft sei und auch Teil des Erfolges der EU. Der Branchenverband erinnerte außerdem an den noch ausstehenden Gesetzesvorschlag zu Fahrzeugdaten, Funktionen und Ressourcen. „Diese sektorspezifische Regulierung zu Fahrzeugdaten ist im Interesse des Verbraucherschutzes, um Innovationen im Mobilitätssektor zu fördern und den Weg für eine nachhaltige und digitale Zukunft für alle Nutzerinnen und Nutzer zu bezahlbaren Konditionen zu ebnen“, betonte ZDK-Präsident Arne Joswig. „Hier geht es um praktizierten Verbraucherschutz, denn die Nutzerinnen und Nutzer von Fahrzeugen generieren die Vielzahl an Daten. Es muss sichergestellt sein, dass diese auch in ihrem Sinne von Herstellern und Dienstleistern wie den Kfz-Betrieben genutzt werden dürfen.“ (aum)

---

## Bilder zum Artikel



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Foto: Autoren-Union Mobilität/Europäisches Parlament

---